

Medizinhistorisches Institut der Universität Zürich
Direktor: Prof. Dr. med. Huldrych M. Koelbing

Arbeit unter der Leitung von Dr. phil. Heinz Balmer

Die freie Heiltätigkeit im Gesundheitsgesetz des Kantons Appenzell Ausserrhoden

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Doktorwürde
der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich

vorgelegt von

NOTKER KESSLER
von Krillberg (Kt. Thurgau)

Genehmigt auf Antrag von Prof. Dr. med. Huldrych M. Koelbing

Zürich 1981



Juris Druck + Verlag Zürich



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Medizinhistorisches Institut der Universität Zürich
Direktor: Prof. Dr. med. Huldrych M. Koelbing

Arbeit unter der Leitung von Dr. phil. Heinz Balmer

Die freie Heiltätigkeit im Gesundheitsgesetz des Kantons Appenzell Ausserrhoden

INAUGURAL-DISSERTATION

zur Erlangung der Doktorwürde
der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich

vorgelegt von

NOTKER KESSLER
von Krillberg (Kt. Thurgau)

Genehmigt auf Antrag von Prof. Dr. med. Huldrych M. Koelbing

Zürich 1981



Juris Druck + Verlag Zürich

Die freie Heilbarkeit
des Kankers Appenzell Aussers Rhodes



Diese Arbeit erscheint gleichzeitig als Heft Nr. 146
der Zürcher Medizingeschichtlichen Abhandlungen
Neue Reihe.

ISBN 3 260 04884 7

Vorwort

In den letzten Jahren wollten verschiedene Kandidaten der Medizin die freie Heiltätigkeit im Kanton Appenzell Ausser-rhoden in einer Dissertation behandeln. Diese Anfragen wurden aber zurückgewiesen, denn die zuständige Sanitätsdirektion und ihre Mitarbeiter suchten zu vermeiden, dass durch eine allfällige Kampfschrift das gute Verhältnis zu den immerhin 180 Naturärzten gestört würde.

Diesmal wurde eine Ausnahme gemacht, weil man hoffen konnte, dass eine sachliche Beurteilung erfolgen werde.

Mein Vater war von 1945 bis 1972 Kantonsapotheker von St.Gallen. Seine mehr als 15jährige nebenamtliche Tätigkeit auf der Sanitätsdirektion von Appenzell A.Rh. in Herisau als Fachberater für Heilmittelfragen und als Inspektor der naturärztlichen Praxen haben ihm einen umfassenden Ueberblick über die frei Heiltätigen vermittelt.

In vielen Unterhaltungen mit ihm gewann ich Einblick in das Sanitätswesen des Nachbarkantons. Daher bat ich Herrn Professor Koelbing, eine Dissertation über das Gesundheitsgesetz des Kantons Appenzell A.Rh. durchführen zu dürfen. Für seine freundliche Zustimmung danke ich ihm herzlich. Dank schulde ich Herrn Dr.Balmer für die vielen Besprechungen, Anregungen und Korrekturen.

Ich danke auch der Sanitätsdirektion von Appenzell A.Rh., besonders deren Sekretär, Herrn Rudolf Eugster, für mannigfache Unterstützung.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
Erklärung einiger Begriffe	8
A Einleitung	9
B Geschichtliches	11
1. Aus dem Gesundheitsgesetz vor 1871	11
2. Aus dem Gesundheitsgesetz von 1871 bis 1965	16
C Erfahrungen im Vollzug des neuen Gesundheitsgesetzes von 1965 bis 1980	19
1. Das Gesundheitsgesetz von 1965	19
2. Die Zusammensetzung der Heilmittelkommission 1966	22
3. Erste Probleme	23
4. Inspektionen	24
5. Beitritt des Kantons Appenzell Ausserrhoden zur IKS (1973)	32
6. Verbot von Abmagerungsmitteln auf der Grundlage d-Norpseudoephedrin	32
7. Kontrolle medizinischer Apparate 1978	33
8. Kantonal approbierte Zahnärzte	33
D Ausweisprüfung für die Injektionsbewilligung	35
E Vorschläge für ein revidiertes Gesundheitsgesetz	40
F Modell für eine Eignungsprüfung der frei Heiltätigen	45
G Zusammenfassung	48
H Schlussfolgerungen	48
Summary	49
J Quellen und Literaturverzeichnis	50

Erklärung einiger Begriffe
(vor allem zu Kapitel C)

IKS: Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel in Bern,
Erlachstrasse 8.

Diese Stelle begutachtet und registriert alle Heilmittel, die in der Schweiz in den Handel gelangen.

Medikamenten-Listen A - E : Als Grundlage für die Abgrenzung der Rezeptpflicht der pharmazeutischen Spezialitäten werden die Arzneistoffe in folgende Verkaufsklassen eingeteilt:

- A Abgabe durch Apotheken bei verschärfter Rezeptpflicht.
Diese Arzneistoffe heissen auch Venena.
- B Abgabe durch Apotheken gegen ärztliches Rezept.
Diese Arzneistoffe heissen auch Separanda.
- C Abgabe durch Apotheken ohne ärztliches Rezept.
- D Abgabe frei in allen Apotheken und Drogerien.
- E Abgabe frei in allen Geschäften.

Für die Klassen A-E sind Vignetten auf den Medikamentenpackungen angebracht.

Heilmittelkommission: Gremium, das über die Zulassung der Medikamente im Kanton Appenzell Ausserrhoden für frei Heiltätige befindet.

Sanitätskommission: Gremium, das der Sanitätsdirektion in allen Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege und der Medizinalpolizei beratend zur Seite steht.

Homöopathie: von Dr. Samuel Hahnemann (1755-1843) eingeführtes Behandlungssystem, wonach die Krankheiten durch Medikamente in niedrigen Dosen behandelt werden. Dieselben Medikamente sollen in höheren Dosen bei gesunden Menschen das betreffende Krankheitsbild hervorrufen.
Leitsatz der Homöopathie: Similia similibus curantur.

Urtinkturen: Essenzen (alkoholische Auszüge aus frischen Pflanzen) oder Tinkturen (alkoholische Auszüge aus pflanzlichen oder tierischen Stoffen), aus denen man nach Vorschriften des "Homöopathischen Arzneibuches" flüssige Verdünnungen (Dilutionen) herstellt. Symbol: $\emptyset$

Potenzierungen: Die Verabreichung der homöopathischen Mittel erfolgt in sogenannten Potenzen. Zur Bezeichnung der Potenzskala verwendet man im deutschen Sprachgebiet meistens den Buchstaben D (= Dezimalskala).
D bedeutet, dass die Verdünnung im Verhältnis 1:10 vorgenommen wird.
Beispiele: $D_1 = 1:10$, $D_2 = 1:100$, usw.
1:10 bedeutet: 1 Teil Urtinktur und 9 Teile Spiritus dilutus.
Durch Potenzierung Steigerung der Leistungsfähigkeit eines Arzneistoffes.

A Einleitung

Wenn der Volksmund über Naturärzte spricht, denkt man unwillkürlich an den Kanton Appenzell Ausserrhoden. Ohne Zweifel sind in diesem kleinen Schweizerkanton die meisten Naturheiler angesiedelt, weil sie nach kantonalem Recht unbehelligt Kunden empfangen dürfen. An ihrem Wohnhaus wirbt eine Reklametafel "frei Heiltätiger" oder "naturärztliche Praxis" für den Inhaber. Man weiss aber kaum, dass im angrenzenden Deutschland ein ähnlicher Beruf - der Heilpraktiker - staatlich zugelassen ist und dass dort ein Amtsarzt die Bewerber nach dreijähriger Ausbildung einlässlich prüft. Auch im Kanton Baselland sind die Naturärzte zugelassen, vorausgesetzt, dass sie eine Ausweisung über ihr Grundwissen bestehen. Doch auch in den benachbarten Kantonen St.Gallen und Thurgau können sich heimlich Naturärzte aufhalten. Bestimmt beherbergt jeder Kanton Vertreter dieser Gilde.

Ich begnüge mich mit zwei Beispielen aus den Anfängen dieses Jahrhunderts¹:

In Wil SG erinnern sich ältere Einwohner noch lebhaft an eine grosse Tafel an einem Coiffeurgeschäft mit der Anschrift "Chirurg". Der Inhaber war unter dem Namen Chirurg G. eine stadtbekannte Persönlichkeit. (Ich nenne in meiner Arbeit keine Namen von Naturärzten aus der jüngeren Vergangenheit.) Neben der Haarpflege und dem Bartschaben betrieb er noch Kleinchirurgie, indem er Hühneraugen schnitt, schröpfte, zu Ader liess und Zähne zog. Der Titel Chirurg unterstand 1920 noch nicht der FMH-Hierarchie und wurde von der Sanitätskommission offenbar geduldet. Die damaligen Wiler Aerzte haben an dieser Tafel ebenfalls keinen Anstoss genommen. Mit dem Tod des Figaro verschwand auch die Tafel.

Im benachbarten Zuzwil SG lebte zur gleichen Zeit der Gemeindeweibel K., ebenfalls Coiffeur, im Nebenamt ein bekannter Zahnzieher. Sogar der Bezirksarzt Dr.J.

überwies schwierige Zahnpatienten regelmässig dem Weibel K., der ohne Narkose, meistens nach Verabreichung eines Gläschens Schnaps, zuverlässig für zwei Franken Zähne zog.

In Deutschland arbeitet eine anerkannte pharmazeutische Industrie zur Hauptsache für die freie Heiltätigkeit. Es handelt sich um die Firmen Schwabe(Karlsruhe), Nattermann (Köln), Madaus(Köln-Merheim), Pasceo(Giessen), Heel (Baden-Baden), Steigerwald(Darmstadt) und andere mehr. Im Kanton Appenzell A.Rh. und auch im Thurgau sind es meist Mittel- und Kleinbetriebe mit fachkundiger Leitung und einwandfreier Einrichtung, die den frei Heiltätigen rezeptfreie Heilmittel abgeben. Zahlreiche Präparate deutscher Herkunft werden in den Medikamentenbestand vieler Heilkundiger in Appenzell A.Rh. aufgenommen. In Basel liefert ein bekannter Apotheker Arzneiformen auf homöopathischer Grundlage, die ebenfalls in vielen Praxen angetroffen werden. Andererseits sind pharmazeutische Spezialitäten appenzelischer Herkunft durch den Grosshandel in der ganzen Schweiz erhältlich, sofern sie bei der Interkantonalen Kontrollstelle (IKS) in Bern angemeldet bzw. registriert sind.

B Geschichtliches

1. Aus dem Gesundheitsgesetz vor 1871

Die Kontroverse über die praktizierenden Nichtmedizinalpersonen im Kanton Appenzell Ausserrhoden durchzieht die Protokolle der Sanitätskommission des Regierungsrates und des Kantonsrates seit 1812.

Die Sanitätskommission wurde schon 1810 eingesetzt. Sie bestand aus zwei Landesbeamten und zwei Aerzten. Ohne Landsgemeindebewilligung begann sie die Heiltätigkeit von einer Bewilligung abhängig zu machen. In den folgenden Jahren meldeten sich 14 Personen und wurden von der Kommission genau unter die Lupe genommen; diese verfasste einen Bericht an den Grossen Rat, worauf er zwei "unwissenden und gefährlichen Quacksalbern" das Praktizieren verbot, drei "rationellen Empirikern" eine beschränkte Tätigkeit bewilligte und die übrigen "Afterärzte" mit ebenso kräftiger Warnung einzig auf die Kur einfacher Wunden, Geschwüre ohne Knochenfrass, auf die Behandlung verbrannter und schwindender Glieder, auf Zahnausziehen, Aderlass und Schröpfen verwies.

Aus dem Protokoll² der Sanitätskommissions-Sitzung vom 5. Februar 1835 im Gasthof Sonne zu Speicher sei ein Beispiel auszugsweise zitiert:

Sitzungsmitglieder: Tit. Herr Landammann Nagel, Präsident
Tit. Herr Landammann Schläpfer
Tit. Herr Statthalter Zellweger
Tit. Herr Landeshauptmann Leuch
Herr Doctor Tobler von Herisau
Herr Doctor Rüsch von Speicher

Geschäft: Prüfung des Afterarztes Bartholome Engler von Stein, sesshaft im Wald, alt 44 Jahre, von Beruf Metzger und Weber, abgeschieden von Anna Catharina Widmer.

Bartholome Engler wurde schon im September 1830 durch die Sanitätskommission geprüft. Weil er bei diesem Examen grosse Unwissenheit zeigte, wurde ihm alles Praktizieren bei Strafe untersagt. Angeklagt, dass er dessen ungeachtet fortfahre, Medizinen zu geben, entschuldigt er sich damit, dass er in der Zwischenzeit bei einem erfahrenen Arzte Unterricht genossen habe. Er legte als Zeugnis einen von Friedensrichter Bräm, med. pract. von Schlieren ZH, am 8. November 1833 ausgestellten Schein vor, wonach er sich bei ihm vom 9. August bis zum 8. November 1833 tagtäglich mehr fleissig in den Fächern Medizin und Chirurgie geübt und sich beflissen habe, die bis anhin üblichen Arzneimittel aufzusuchen, so dass nicht zu zweifeln sei, dass er bei seinem Fleisse ziemlich profitiert habe (Testatum, Schlieren bey Zürich den 8. Novber 1833).

Tit. Herr Landeshauptmann Leuch beginnt die Prüfung mit Fragen über den Bau des menschlichen Körpers, die Beschaffenheit der Brusthöhle und Bauchhöhle. Alle Fragen werden sehr unbefriedigend beantwortet. Ebenso ungenügend sind seine Antworten auf die Fragen von Herrn Dr. Tobler über das Muskelsystem und die Beschaffenheit der Schädelhöhle.

Ueber die Krankheiten befragt, die er am meisten behandle, antwortete Engler:

Er gebe hauptsächlich Arzneien für allerlei Fieber. Er fange an dem Kranken Tisanen zu geben und nachdem sich das Fieber gelegt habe, gebe er zum Laxieren bis der Patient Appetit bekäme; sei derselbe sehr geschwächt, so wende er stärkende Sirupe oder Tisanen von stärkenden Kräutern an.

Auf die Fragen, woraus seine Mixturen und Tisanen bestehen, kann er nur unvollkommen Bescheid geben.

Von Herrn Doctor Rüsch befragt, ob er auch äusserliche Krankheiten behandle, erwiderte er:

Er befasse sich damit, Geschwüre und andere äusserliche Krankheiten zu heilen, theils durch innere Mittel, theils durch Salben und Pflaster. Für Krätze gebe er eine Blutreinigung und wenn diese nicht reiche, noch Salben von Rosenöhl; bei Entzündungen wende er zudem zuweilen auch das Aderlassen an, was dem Körper Luft verschaffe. Uebrigens könne er Inhalt und Beschaffenheit seiner Pflaster und Salben nicht ganz genau angeben, weil er das Meiste in der Apotheke hole. Er könne jedoch der Kommission die Zusicherung geben, dass er stets mit grösster Vorsicht zu Werke gehe und sich nie mit der Behandlung gefährlicher Krankheiten abgebe, sondern in wichtigen Fällen die Leute abweise und zu erfahrenen Aerzten schicke.

Nach dieser letzten Bemerkung wird von Tit. Herrn Statthalter Zellweger die Frage an ihn gerichtet, ob er nicht dem an den Folgen einer schweren Krankheit gestorbenen Kinde Meyer in Trogen Arzneien gereicht, ob er die Krankheit des Kindes erkannt und welche Mittel er ihm gegeben habe. Engler antwortete hierauf:

Er habe das Kind nie gesehen, müsse jedoch gestehen, demselben auf Bitten der Verwandten hin Arzneien gegeben zu haben. Man habe ihm die Krankheit des Kindes geschildert, woraus er entnehmen konnte, dass es an Auszehrung leide. Um die grossen Schmerzen zu lindern und ihm den Schlaf zu fördern, habe er demselben Opium gereicht.

Tit. Herr Statthalter Zellweger nennt ihm noch drei Personen, denen er in schwieriger Krankheit Arzneien gegeben haben soll. Engler will jedoch davon nichts wissen und beteuert, er habe nur einem dieser Kranken eine Mixtur von Magnesium gegeben.

Das Gutachten der Kommission lautet:

- In Betrachtung, dass Bartholome Engler bei dem mit ihm vorgenommenen Verhör keine der vielen an ihn gerichteten Fragen richtig zu beantworten wusste, womit erhellet, dass derselbe in allen Fächern der Medizin und ebenso beim Examen unwissend ist, das er am 7. September 1830 abgelegt hat,
- in Betrachtung, dass er sich sehr heftig wirkender Arzneien, namentlich des Opiums bediente habe und zwar in einer solchen Dosis, dass diese in dem speziell vorliegenden Falle offenbar nachteilig gewirkt haben muss,
- ferner in Erwägung, dass Engler der Commission wiederholt vorgab, keine wichtigen Fälle behandelt zu haben, währenddem aus seinem eigenen Geständnis das Gegenteil eindeutig hervorgeht,

begutachtet die Sanitätskommission:

1. Es solle dem Bartholome Engler alles Praktizieren aufs Strengste verboten werden.
2. Sei dieser dafür auf den Klagerodel vor den Grossen Rat zu stellen:
 - a) weil er sich bei einem ihm nicht genau bekannt gewesenen Krankheitsfall sehr heftig wirkender Arzneien und namentlich des Opiums bediente.

- b) dass er Unwahrheit redete, vorgebend, er habe bei wichtigen Krankheitsfällen nie eine Arznei verabreicht.

Der Umstand, dass Engler als Beweis für fortgesetzte "Studien" eine Bescheinigung des praktischen Arztes und Friedensrichters Bräm von Schlieren vorgelegt hat, bewegt die Commission von der Ansicht ausgehend, dass Bräm zur Ausstellung solcher Scheine nicht berechtigt ist und sich dadurch ebenfalls als Pfuscher gibt, im weiteren darauf anzutragen, dass eine Kopie dieses Scheines dem Sanitätsrate des Standes Zürich mitgeteilt werde, mit der Anzeige, unter welchen Verhältnissen die hiesige Sanitätskommission in den Besitz dieses Scheines gekommen sei.

Prüfungen für Aerzte, die staatlich anerkannt sein wollten, wurden ebenfalls durch Mitglieder der Sanitätskommission vorgenommen.

Bartholome Luz von Wolfhalden z.B., Arzt in Speicher, wurde 1830 so befragt:

Frage: Haben Sie auch anatomische Vorlesungen angehört?

Antwort: Eigentlich nur, was ich in Ulm von meinem Lehrer und in Andelfingen von Herrn Dr. Staub theoretisch und praktisch gelernt habe.

Frage: Ueber welche Teile?

Antwort: Ueber den Knochenbau.

Frage: Wie werden die Knochen eingetheilt?

Antwort: Ich kann Ihnen nicht dienen.

...

Frage: Wissen Sie etwas von der Psychologie?

Antwort: Ich bin hierin sehr unvollkommen, habe mehr Zeit auf das Praktische verwendet.

Frage: Wissen Sie mehr aus der Pathologie?

Antwort: Wie sich die Krankheiten aus Nahrungsstoffen auf verschiedenen Wegen erzeugen; auch die atmosphärische Luft kann nachtheilig auf den Körper wirken.

...

Frage: Haben Sie auch Botanik studiert?

Antwort: Eigentlich nicht; könnte auch nicht sagen, in welchen Klassen sie eingetheilt sind. Eben so kenne ich auch ihre Ordnung nicht, habe es auch nicht nöthig.

...

Frage: Was kennen Sie für Arzneimittel aus den verschiedenen Reichen der Natur?

Antwort: Aus dem Mineralreich: Blei, Zinn, Mercurius und dergleichen. Aus dem Thierreich: Fett, Knochen, Gallerten, Horn usw. Aus dem Pflanzenreich die verschiedenen Kräuter.

...

Frage: Woran erkennen Sie Arm- und andere Brüche?

Antwort: Wenn das beschädigte Glied abwärts fällt.

Frage: Was hat man bei Aderlüssen zu beobachten?

Antwort: Verletzungen.

Frage: Wie behandeln Sie Personen, welche den Unterschenkel gebrochen haben?

Antwort: Ich untersuche dieselben und ziehe ihnen den gebrochenen Schenkel wieder ein; in schwierigen Fällen nehme ich einen geschickten Arzt zu Hilfe.

...

Frage: Was wissen Sie von den venerischen Krankheiten?

Antwort: Venerische Krankheiten erscheinen meistens bei Gesellen und entstehen bei Ausschweifungen. Man erkennt sie an den Drüsen und der Knochenhaut.

Auch auf andere Fragen, vor allem in der Geburtshilfe, war der Kandidat beinahe unwissend.

Zuletzt gelangte die Prüfungskommission zu folgendem Vorschlag: "Da der Arzt Luz in der Anatomie, Physik, Chemie und Botanik ganz unwissend gefunden wird, und es sich zeigt, dass er auch in der Geburtshilfe keine Kenntniss besitzt, so wird daher darauf angetragen, ihm die Ausübung der Geburtshilfe ganz zu untersagen, bei der übrigen Praxis aber - in der Medizin und Chirurgie - zu empfehlen, sich in wichtigen Fällen an einen erfahrenen und geschickten Arzt zu wenden."²

Die Kommission machte Vorschläge zu einer Medizinalverordnung, wonach alle Aerzte, Wundärzte, Zahnärzte, Geburtshelfer, Hebammen und Bruchschneider zu prüfen wären, gleichgültig, ob dies auswärts schon geschehen war oder nicht.

Ein langes Leben fristete diese Sanitätskommission freilich nicht, denn schon 1843 musste sie den wachsenden Widerständen für eine uneingeschränkte freie Heiltätigkeit weichen.

2. Aus dem Gesundheitsgesetz von 1871 bis 1965

1871 wurde über die Freigabe im ärztlichen und tierärztlichen Beruf auf weite Sicht entschieden. Es war der Waldstatter Schmiedemeister Johannes Grubenmann, der an der Landsgemeinde von Hundwil mit überzeugenden Worten den Antrag auf freie Heiltätigkeit stellte. Er führte aus:

"Hochgeachteter Herr Landammann, verehrte Herren, getreue liebe Mitlandleute und Bundesgenossen!
Meine Persönlichkeit vermag es nicht, dem Worte an Euch die volle Kraft zu geben; aber Eure Volksgunst vermag es, eine leuchtende Perle der wahren Freiheit aufzunehmen. Achten und schätzen wir die höchsten Güter der Wissenschaft und Volksbildung; dessetwegen verachten wir aber nicht und unterdrücken wir nicht die unschätzbaren Talente und Naturgaben, welche nicht nur für sich, sondern auch schon ganzen Völkern das grösste Glück gebracht haben. Doch zur Sache. Da der ehrsame Grosse Rat in seiner letzten Sitzung die 500 Petenten mit ihrer Petition für Freigebung der ärztlichen Praxis abgewiesen hat und zwar nur 33 gegen 24 Stimmen, so bewog es die Petenten um so mehr, diese wichtige Angelegenheit der hohen Landsgemeinde selbst vorzutragen, und zwar in dem Sinne, dass die Freigebung zum allgemeinen Wohl des Landes sei, nicht nur eine Wohlfahrt für das Volk, sondern auch für den Richter, welcher durch den Artikel 140 des Strafgesetzes oft in die grösste Verlegenheit gebracht wurde, nämlich Personen zu bestrafen, welche vielen unter dem Volke die wohlthätigste Hilfe geleistet haben. Nur dann vermögen wir heute einsehen und begreifen, was zum Fortgedeihen unserer wahren Freiheit und zum Segen des Landes gereichen möge. Hochgeachteter Herr Landammann, getreue liebe Mitlandleute und Bundesgenossen!
Ich empfehle die Freigebung der ärztlichen Praxis in der innigsten Ueberzeugung und im Namen der Petenten. Geben wir ein Beispiel der ganzen treuen Eidgenossenschaft und beweisen wir mit unserer Hand, dass mer sönd im Appenzellerland!" 3

Das Gesetz, betreffend die Freigebung der ärztlichen Praxis im Kanton Appenzell Ausserrhoden, wurde an der Landsgemeinde am 30. April 1871 angenommen mit 2/3 Mehrheit der Stimmen.

"Der Grund zur Annahme des Freiheitsgesetzes lag indessen nicht etwa im Bedürfnis, eine neue Industrie anzusiedeln, sondern in einer erzliberalen Gesinnung, in der Auffassung, dass es Sache jedes einzelnen sei, frei darüber zu entscheiden, was für einen Ratgeber er in Angelegenheiten der Gesundheit aufsuchen wolle. Natürlich machte sich auch das urappenzellische Misstrauen gegenüber Fachleuten, besonders Akademikern, geltend." 4

Das Gesetz enthält lediglich fünf Artikel 5.

Art.1 In der Praxis herrscht, was den ärztlichen oder tierärztlichen Beruf betrifft, mit Ausnahme der im nachstehenden Art.3 bezeichneten Fälle, volle Freiheit und können die in bürgerlichen Ehren und Rechten stehenden Kantonseinwohner, welche die gesetzliche Niederlassung haben, an der Ausübung dieses Berufes nicht gehindert werden.

Art.2 Bei Aerzten und Tierärzten jedoch, die als solche vom Staate anerkannt sein wollen, geschieht diese Anerkennung nur auf Grund bestandener Prüfung.

Art.3 Einzig die infolge bestandener Prüfung anerkannten Personen sind zur Ausübung der höheren operativen Chirurgie, inbegriffen die Geburtshilfe, zu gerichtlich-medizinischen, militärärztlichen und anderen amtlichen Verrichtungen, sowie zur Ausstellung von Zeugnissen, Bescheinigungen und Berichten mit amtlichem Charakter berechtigt.

Art.4 Wer in Ausübung der ärztlichen Praxis oder des Betriebes von Arzneien und Giften durch Fahrlässigkeit oder Unwissenheit eine körperliche oder geistige Schädigung an einer Person verursacht, wird je nach den vorliegenden mildern oder erschwerenden Umständen mit einer Geldbusse bis auf 1000 Fr. belegt, womit auch Gefängnis oder selbst sogar Zuchthaus verbunden werden kann.

Solchen, die wiederholt wegen derartigen Vergehen bestraft worden sind, kann durch richterlichen Spruch die weitere Ausübung der ärztlichen Praxis untersagt werden.

Art.5 Wer, ohne den in Art.1 festgestellten Bedingungen zu genügen, den ärztlichen oder tierärztlichen Beruf ausübt, sowie wer den Bestimmungen von Art.3 zuwiderhandelt, ist, immerhin mit Vorbehalt der Strafbestimmungen von Art.4, mit Geldbusse bis auf 200 Fr., womit auch Gefängnis verbunden werden kann, zu bestrafen.

1872 wurde die Bevölkerung von einer "Blattern-Epidemie" heimgesucht, die zahlreiche Todesopfer forderte. In späteren Jahren wütete die Maul- und Klauenseuche beim Vieh und brachte der Landwirtschaft und dem Kanton grosse Verluste. Es folgten die Kriegsjahre 1914-1918 und dann die schwierigen Jahre 1933-1946 mit dem Zweiten Weltkrieg. In diesen schweren Zeiten hatten der Kanton Appenzell Ausser-rhoden und seine Regierung wichtigere Aufgaben, als sich mit der Verbesserung der naturärztlichen Tätigkeit zu befassen. In den Akten des Regierungsrates sind deshalb nur vereinzelt Vorstösse zu finden, die sich für eine Neuordnung der freien Heiltätigkeit einsetzen.

C Erfahrungen im Vollzug des neuen Gesundheitsgesetzes von 1965 bis 1980

1. Das Gesundheitsgesetz von 1965

Mit der Fassung von 1871 kam man bis 1965 aus. Nachdem frühere Ansätze für eine Gesetzesänderung im Regierungsrat und Kantonsrat gescheitert waren, erfolgten 1962-1965 energische Anläufe für ein neues Gesundheitsgesetz.

Einen umfassenden Ueberblick über verschiedene Abschnitte der freien Heiltätigkeit in Appenzell A.Rh. hat der ehemalige Sanitätsdirektor Hans Koller, Teufen, in den Appenzellischen Jahrbüchern 1970, Heft 98, gegeben.²

Koller war im Hauptberuf Landwirt. Unter seiner Direktion wurden die verschiedenen Grundlagen für das Gesundheitsgesetz 1965 gesammelt und mit Erfolg an die Landsgemeinde von Hundwil geleitet. Die nachfolgenden Sitzungen der Heilmittelkommission standen unter seinem Präsidium. Mit viel Geschick und persönlichem Einsatz überwachte er den Vollzug des Gesetzes. Sein Nachfolger, Landammann Otto Bruderer, Baumeister, arbeitete sich ebenfalls tatkräftig in den ihm neuen Aufgabenkreis ein, unterstützte die Inspektoren in ihrer Arbeit und festigte das Ansehen der Sanitätsdirektion.

Zur Abklärung der Verhältnisse bei den Naturärzten, Heilmittelherstellern und Drogisten wurden 1962 erstmals Inspektionen durchgeführt. Als Fachberater wurde der Kantonsapotheker von St. Gallen beigezogen, der mit einem appenzellischen Mitglied der Sanitätskommission verschiedene Inspektionen unternahm, die Hinweise für ein neues Gesundheitsgesetz gaben. In erregten Volksdiskussionen wurde für und gegen dieses Gesetz gestritten; es wurde vom Kantonsrat gutgeheissen, dann an der Landsgemeinde im Verhältnis 10:1 angenommen.⁶

Die wichtigsten Punkte des neuen Gesundheitsgesetzes sind:

- Die freie Heiltätigkeit ist weiterhin jedermann gestattet. (Art.11¹)
- Ausländer, die sich als frei Heiltätige betätigen wollen, müssen mindestens 10 Jahre in der Schweiz niedergelassen sein. (Art.11²)
- Der Artikel 30 sagt über die Besitzstandswahrung, dass jeder, der die freie Heiltätigkeit oder einen pharmazeutischen Beruf vor dem 30. September 1964 ausgeübt hat, seine Tätigkeit weiterausführen darf, auch wenn er die Bedingungen des Gesetzes von 1965 nicht voll erfüllt.
- Frei Heiltätige dürfen zur Ausübung des Heilpraktikerberufes Titel, z.B. Dr.h.c. oder Dr.phil. nicht verwenden. Diese können zur Täuschung der Bevölkerung führen.
- Die Verwendung von Werbeprospekten an die Bevölkerung (Streuwerbung) ist untersagt.
- Medikamente, die nicht von der IKS geprüft werden, erfordern die Begutachtung durch die Sanitätsdirektion des Kantons Appenzell A.Rh.
- Frei Heiltätige, die subkutane Injektionen ausführen wollen, benötigen einen Fähigkeitsausweis.
- Für Heilmittelhersteller gilt, dass der Verkauf von Arzneimitteln an den Endverbraucher auf öffentliche Apotheken und Drogerien beschränkt bleibt. Frei Heiltätige dürfen Medikamente nur an Patienten abgeben, die bei ihnen in der Praxis waren.
- Für Drogisten, die eine Drogerie leiten wollen, wird das Abschlussdiplom der Drogistenfachschole in Neuenburg verlangt. (Art.13)
- B-Präparate in Original-Packungen dürfen auch in Drogerien abgegeben werden, aber nur gegen Vorweisung eines Rezeptes. (Art.21¹)

- Kantonal approbierte Zahnärzte benötigen zur selbständigen Ausübung des Berufes die Lehrabschlussprüfung als Zahntechniker sowie eine mindestens 3jährige operative Tätigkeit bei einem Zahnarzt. (Art.10¹)

Die Appenzeller Landsgemeinde hat als oberste Instanz mit diesem Entscheid die Ausübung der freien Heiltätigkeit aufs neue besiegelt. Indem sie das Gewerbe zwar duldet, jedoch in den Rahmen des Gesetzes spannt, hat sie "Zucht in der Unzucht" bewiesen, wie ein approbierter Arzt sich ausdrückte.

Kein Sanitätsdirektor würde von sich aus eine Gesetzesänderung beantragen, die ein Verbot der freien Heiltätigkeit vorsähe. Zu viele Gemüter würden aufgewühlt: frei Heiltätige gegen Aerzte, kantonal approbierte Zahnärzte gegen eidgenössisch diplomierte Zahnärzte, Drogisten gegen Apotheker, endlich die Heilmittelhersteller mit ihrem Anhang.

Aus den Kämpfen und Auseinandersetzungen vor 1965 sei ein Beispiel angeführt^{3a}: Die Bauern, Käser und Schweinezüchter befürchteten, dass ihnen das Spritzen von Penizillin im eigenen Schweinestall verboten werde. Dieses Bedenken konnte nur mit der Zusicherung des Landwirtschafts- und Sanitätsdirektors zerstreut werden, dass man in unserem Kanton ebenso tolerant sein werde wie in anderen Kantonen. In der ganzen Schweiz wurden Antibiotika durch Vertreter der Futtermittelindustrie wild verkauft; in den Hühnerfarmen wurde Penizillin mit Erfolg verfüttert, und die Käser gebrauchten diese "Wundermittel" für ihre Schweine unter Umgehung des Tierarztes. Erst nachdem die Mikrobiologen auf die Bildung resistenter Bakterienstämme und deren Gefährlichkeit für Mensch und Tier hingewiesen hatten, wurde 1975 durch eidgenössische Verfügung die wilde Antibiotika-Aera gestoppt. Die Gesellschaft Schweizerischer Tierärzte hatte dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Nach der Annahme des Gesundheitsgesetzes durch die Landsgemeinde 1965 erliess der Kantonsrat am 6. Dezember 1965 eine Verordnung über den Verkehr mit Heilmitteln für den Kanton Appenzell Ausserrhoden⁷, sowie 1967 eine Verordnung über die Organe des Gesundheitswesens und über die medizinischen und pharmazeutischen Berufe im Kanton Appenzell Ausserrhoden⁸. Die Verordnung von 1965 befasst sich eingehend mit den Begriffen: Heilmittel, unzulässige Reklame, Werbung für frei verkäufliche Heilmittel, verbotene Vertriebsarten, Bestimmung der frei verkäuflichen Arzneimittel, Bestimmung der rezeptpflichtigen Arzneimittel, Heilmittelbetriebe, Apotheken, Drogerien. Als Vollzugsorgane dieser Verordnung wurde neben der Sanitätskommission auch eine Heilmittelkommission eingesetzt. Der Kanton Appenzell Ausserrhoden ist der einzige Kanton, der eine Heilmittelkommission geschaffen hat. In den anderen Kantonen wird ihre Tätigkeit von den zuständigen Gesundheitsdepartementen, dem Kantonsapotheker oder beauftragten Inspektoren wahrgenommen. Auch gelten die IKS-Bestimmungen für alle im Handel befindlichen Arzneimittel. Der Kanton Appenzell A.Rh. macht hier mit seinem Gesundheitsgesetz eine Ausnahme. Da im Kanton Appenzell A.Rh. damals nahezu 15000 pharmazeutische Spezialitäten in Umlauf waren, die nur zum kleinsten Teil bei der IKS registriert waren, musste für ihre Begutachtung und Kontrolle eine besondere Stelle geschaffen werden. Weil die Heilmittelkommission wichtige Beschlüsse zu fällen hatte und 1967-1977 massgebend an der Verbesserung bestehender Unzulänglichkeiten arbeitete, sei über sie berichtet.

2. Die Zusammensetzung der Heilmittelkommission 1966

Der Sanitätsdirektor,
ein Arzt,
ein Zahnarzt (Dr.med.dent.),
eine Apothekerin,
ein Naturarzt,
ein Heilmittelhersteller.

Als Fachberater wurde gemäss Verordnung §27 und mit Bewilligung der Sanitätsdirektion St.Gallen der Kantonsapotheker von St.Gallen beigezogen.

3. Erste Probleme

Alle frei Heiltätigen hatten ihre sämtlichen Medikamente bei der Heilmittelkommission zu deklarieren. Ebenso waren allfällige Prospekte mitzugeben. Der Fachberater hatte die Spezialitäten auf ihre Zusammensetzung, pharmakologische Wirkung und mögliche Toxizität zu überprüfen und seine Anträge an den zehn jährlichen Sitzungen der Heilmittelkommission zu unterbreiten. Angeforderte Spezialbewilligungen, z.B. für die Abgabe rezeptpflichtiger Präparate, wurden an die Sanitätskommission weitergeleitet.

Doch nützen die besten Verordnungen wenig, wenn nicht Aufsichtsorgane ihren Vollzug überwachen. Nachdem einige Inspektionen bei frei Heiltätigen unter Führung des Fachbersaters von allen Mitgliedern der Heilmittelkommission durchgeführt worden waren, stellte man Inspektionsequipen von je zwei Visitatoren zusammen. In überraschend kurzer Zeit konnten im Amtsjahr 1967/68 Visitationsberichte über 90 frei Heiltätige und pharmazeutische Kleinbetriebe behandelt werden. Gemäss Gesundheitsgesetz Art.20 besass die Heilmittelkommission die Befugnis, Heilmittel freizugeben oder nicht. In der Regel hielt sie sich an die Empfehlungen der IKS. Viele Prospekte mit darin abgedruckten Patientenzeugnissen wurden eingezogen und rezeptpflichtige Wirkstoffe verboten.

In einem Fall ging die Heilmittelkommission noch weiter als die IKS, und zwar im Fall der Weckamine. Diese Ephedrin-derivate mit relativ starker zentraler Wirkung werden in bestimmten Verbindungen als Appetitzügler verwendet. Ein Beschluss über die Weckamine vom 25. August 1966 war sogar die erste Verfügung der Heilmittelkommission in ihrer ersten Sitzung. Sie lautet⁹:

1. Die Herstellung oder Einfuhr von Weckaminen oder weckaminähnlichen Arzneistoffen aller Art und in jeder Form, ihre Vermittlung und Abgabe ist im ganzen Gebiet des Kantons Appenzell Ausserrhoden untersagt.
2. Die direkte Abgabe durch frei Heiltätige in Praxisräumlichkeiten oder der Versand ins In- und Ausland fallen ebenfalls unter diese Bestimmung.
3. Allfällige, auf dringende ärztliche Verordnung benötigte Arzneistoffe dieser Gattung dürfen nur vermittelt Rezept eines eidgenössisch diplomierten Arztes und einmalig durch eine öffentliche Apotheke bezogen werden.

Die Depeschagentur unterrichtete die Schweizer Bevölkerung durch Presse und Radio über diesen Beschluss. Es waren im Kanton Appenzell A.Rh. besonders zwei Firmen, die sich mit der Herstellung von Antiadipositas-Präparaten auf Weckamingrundlage befassten und offenbar merklich getroffen wurden. Ihr Rekurs wurde vom Bundesgericht geschützt und der Beschluss der Heilmittelkommission als Verletzung der Handels- und Gewerbefreiheit aufgehoben. Im Urteil des Bundesgerichtes hiess es, die gewöhnliche Rezeptpflicht biete gegen Missbrauch hinreichend Schutz. Da man nun immerhin ein Rezept benötigte, nahm die bisher unkontrollierte Dauerberieselung sämtlicher Kantone mit amphetaminhaltigen Präparaten von Appenzell aus innert kurzer Zeit ein Ende. Hier ging der Kanton Appenzell A.Rh. allen anderen Kantonen voran: 1967 verschärfte Rezeptpflicht für Weckamine und weckaminhaltige Stoffe^{9a}. 1975 setzte das Bundesgesetz für Betäubungsmittel die Amphetamine zu den suchtgefährlichen Mitteln.

4. Inspektionen

Die Inspektionen durch je zwei Mitglieder der Heilmittelkommission und von 1972 an durch den Fachberater allein erwiesen sich als sehr nützlich. Sie wurden auch von den meisten frei Heiltätigen begrüsst und verstanden. Die Kontrolle erstreckte sich auf die Praxisräumlichkeiten, auf

Werbeprospekte, auf die allgemeine Ordnung, besonders aber auf den Medikamentenbestand. Es wurden bei diesen Inspektionen recht viele rezeptpflichtige Präparate festgestellt, darunter auch homöopathische Urtinkturen und Potenzierungen unter D₄. Von den Heilpraktikern wird eine einwandfreie Beschriftung und Signierung der verschiedenen Chemikalien und Spezialitäten verlangt. Auch in Lieferscheine, Rechnungskopien und Patientenkarteen wird regelmässig Einsicht genommen.

Vier Inspektionsberichte¹⁰, wie sie jedem Mitglied der Heilmittelkommission und der Sanitätskommission zugestellt werden, mögen Aufschluss geben, wie die frei Heiltätigen und Heilmittelhersteller überwacht werden. Die Praxis-Inhaber, über die ich Inspektionsberichte als Beispiele anführe, sind inzwischen gestorben. Ihre Namen und der Praxisort werden nicht erwähnt. Von den Diagnoseverfahren und Therapieplänen können die Inspektoren vorderhand nur. Kenntnis nehmen, da sie nicht auf den Grundlagen der Schulmedizin aufbauen. Seit 1976 wird eine Bestandesaufnahme der in den Behandlungsräumen verwendeten Apparate vorgenommen.

Inspektionsbericht Nr.1 vom 25. Mai 1972

Die Inspektion wurde vom Fachberater der Heilmittelkommission von Appenzell A.Rh. beim Naturarzt Herr X.Y. am 23. Mai 1972 durchgeführt.

Allgemeines:

Herr Y., 1907, betätigt sich als Augendiagnostiker. Er sei der berühmteste in der Schweiz. Homöopath, Elektrotherapeut, Akupunkteur. Er arbeitet seit 1927, möchte nun bald aufhören.

Befund:

In der Praxis ist gute Ordnung. Die grosse Zahl verschiedener Präparate auf allopathischer und homöopathischer Grundlage ist gut und übersichtlich geordnet. Homöopathische Injektionen für intra- und subcutan. Injektionsspritzen sind genügend und in guter Ordnung vorhanden. Der Sterilisator war gerade in Betrieb. Ist in Ordnung. Wegwerfspritzen sind auch vorhanden.

Urin-Labor mit Papier-Diagnostika. Eine Menge von B-Präparaten sind in der Praxis eingereicht. Bei den Rumalon-Ampullen intragluteal ging die Diskussion los: "Privat für die Gemahlin (Arthrose)". Es ging dann weiter über Mobilat-Salbe, Locacorten-Vioform, Judolor, Spasmo-Cibalgin compositum-Suppositorien usw.

(Es folgt eine lange Liste teils rezeptpflichtiger Tabletten, Kapseln, Ampullen und Salben, wovon einzelnes konfisziert wurde.)

Alles in allem ein beträchtliches Inventar an bewilligungspflichtigen Spezialitäten.

Es ist gar nicht so einfach, zwischen Wahrheit und Schwindel sich zurechtzufinden. Es gab eine ergiebige Diskussion, und Herr Y. meinte selber, er komme schnell in Schweiss.

Herr Y. hatte einen Autounfall und war längere Zeit in Behandlung in der Neurologischen Klinik in Basel. Eine grosse Korrespondenz mit Klinik, Versicherung und Invalidenversicherung liegt vor. Verschiedene Rezeptkopien von Basel mit Ledercort, Ponstan, Valium, Librium, Algo Nevriton konnten vorgezeigt werden. Auch Rechnungen einer Apotheke in St.Gallen wurden mitgenommen. Auch hier wurde zum Teil nach Rezept bestellt; vieles ist jedoch unklar. Fast bei jedem Präparat hiess es: das ist für mich, dies ist für meine Frau. Bei den rezeptpflichtigen Vaginal-Tabletten hörten die Ausreden auf, ebenso bei Antabus-Tabletten und den Meliobal forte-Rektalkapseln für Kinder. Diese Schublade bezeichnet er als höchst privat.

Die Patientenkartothek wird sauber geführt. Auf ca. 5 Blättern waren keine bewilligungspflichtige Medikamente. Die Verordnung über das Gesundheitswesen wurde nicht gefunden, das Gesundheitsgesetz erst nach langem Suchen. Bernoulli-Lehmann (Uebersicht der gebräuchlichsten und neueren Arzneimittel) ist auch im Regal.

Zusammenfassung:

Ich glaube, dass Herr Y. über die IKS-Einstufungen vieler Präparate nicht im Bild ist. Die Vignetten schienen ihm vollständig neu zu sein. Es ist ein Durcheinander von B-Präparaten ad usum proprium und zur Abgabe an Kunden. Bei Strafklage wäre das Verhöramt bestimmt überfordert. Es wären Erkundigungen in Basel notwendig, und die ganze Patientenkartothek und alle Rechnungsbelege müssten durchgekämmt werden.

Ich beantrage Ihnen, Ihre Diskussion vorbehalten:

1. Herrn Y. einen Verweis zu erteilen wegen der eigenmächtigen Haltung bewilligungspflichtiger Präparate in seiner Praxis, vermengt mit tolerierten Mitteln.
2. Allfällige B-Präparate ad usum proprium sind aus der Praxis zu entfernen oder vollständig separat aufzubewahren. Auf keinen Fall dürfen sie im Praxis-Inventar eingereiht sein.
3. Die Praxis ist von allen B-Präparaten in Anwesenheit des Visitators und auf Kosten von Herrn Y. zu räumen. Die Präparate werden eingezogen nach Art. 26 des Gesundheitsgesetzes.
4. Eine Spezialbewilligung soll nicht erteilt werden.
5. In Anbetracht der 40jährigen unbescholtenen Tätigkeit und des Alters (er möchte bald aufhören) ist von einer Strafklage abzusehen.

Inspektionsbericht Nr. 2 vom 24. April 1969

Die Inspektion wurde von zwei Mitgliedern der Heilmittelkommission beim frei Heiltätigen Herrn Z.X. am 24. April 1969 durchgeführt.

1. Person: 55 Jahre alt, seit 1955 im Kanton als frei Heiltätiger. Macht einen ausgezeichneten Eindruck.
2. Betrieb: Sehr gross. Es handelt sich um die Praxis von B., die X. nach anfänglichem Anstellungsverhältnis bei Frau B. selbst übernommen hat. Seine Frau arbeitet im Betrieb mit.
3. Praxis: Irisdiagnose bildet die Grundlage der Krankheitsfindung. Dazu kommt gelegentlich auch Urinanalyse. Die Behandlung besteht meist in Abgabe von homöopathischen Medikamenten; in Sonderfällen werden auch Injektionen verabreicht. Ferner bedient sich X. auch der Akupunktur. Es werden nur nach einer Diagnose Mittel verabreicht.
4. Räume und Einrichtungen: Sehr gut und zweckmässig. Ordnung ebenfalls sehr gut.
5. Medikamente: Ein ausserordentlich reichhaltiges Lager von homöopathischen Urtinkturen und Dilutionen. Es sind Pflanzendrogen vorrätig, von denen wir noch nie gehört haben. Die Separanda-Urtinkturen sind in einem abgeschlossenen Schrank versorgt. Wir fanden auch Cannabis indica $\emptyset$ und Opium $\emptyset$; beides wurde in unserer Gegenwart weggeworfen.

Gross ist auch das Lager an Fertigpräparaten (560 verschiedene Mittel!), alle in Originalpackungen verpackt und etikettiert. In einigen Fällen musste die Beschriftung beanstandet werden.

6. Administration: Eine umfangreiche Kundenkartothek ist vorhanden und wird lange genug aufbewahrt. Drucksachen und Werbematerial sind nicht vorhanden.

7. Spezialbewilligungen: Nötig für Injektionstätigkeit und B-Präparate.

8. Beanstandungen: Keine.

9. Bemerkungen: Wir haben von dieser Praxis nur den besten Eindruck gewonnen. Hier sind seriöse Leute mit überdurchschnittlichem Wissen am Werk.

10. Anträge:

- Separanda-Urtinkturen generell zum Aufbrauchen bis Ende 1969 bewilligen.
- Injektionstätigkeit bewilligen.

Nachinspektion durch den Fachberater der Heilmittelkommission bei Herrn X. am 2. April 1974.

Befund:

Es sei vorweggenommen, dass sich diese Praxis, die Sprechzimmer, Apotheke, Labor, Wartzimmer, Kräuterkammer und Büro für die Praxishilfe umfasst, tadellos präsentiert.

Die Medikamente sind zum Teil in einer Compactus-Anlage versorgt und vor Staub geschützt. Auch die homöopathischen Urtinkturen stehen gesamthaft unter Glas. Eine Flasche mit einer D₁-Potenz von Urtica wies eine starke Flockung auf. Sie wurde dem bakteriologischen Institut des Kantons St.Gallen zur Keimzählung überwiesen. Gemäss Bericht des erwähnten Instituts vom 10. April 1974 war das Resultat negativ, d.h. kein Pilz- und Bakterienwachstum in der Lösung. Die Herkunft und Art der Ausfällung ist mir nicht erklärlich.

Ausser Potenzierungen stellt Herr X. keine Spezialitäten her.

Das Rezeptformularium ist sauber geführt und die Deklarationen können nachgesehen werden.

Teespezialitäten kommen fertig gemischt aus der Dixi, St.Gallen. Sie werden sauber und gefällig abgefüllt. Verkaufspreis pro Schachtel Fr. 5.--.

Einige bewilligte Steigerwald-Ampullen werden subkutan appliziert. Sterile Wegwerfspritzen.

Die Patientenkartothek wird mustergültig geführt. Keine Reklame, keine Prospekte.

Urinproben auf Eiweiss und Zucker.

Ueber Akupunktur, Augendiagnose und Anwendung der Medikamente weiss Herr X. gut Bescheid. Er ist ein seriöser Naturarzt, der seine Grenzen kennt und freute sich über die Inspektion, für die er eine gute Note erhielt.

Inspektionsbericht Nr. 3 vom 19. November 1974

Der Fachberater der Heilmittelkommission führte die Inspektion bei Herrn Y.Z. am 18. November 1974 durch.

Befund:

Herr Z., 1885, arbeitete im Garten. Er reagierte auf meine Anwesenheit erst nach einigen Steinwürfen auf das Kies. Ganz schwerhörig. Aber der 90jährige Mann hat doch Anstand. Er führte mich ins Wartzimmer, zog sich um und legte zur Besprechung einen sauberen, weissen Mantel an. Er überprüfte auch meine Legitimation genau und zeigte sich über den Besuch erfreut. Die Kontrollen seien richtig.

Herr Z. ist Witwer, hat aber eine sehr gute Stubenordnung. Seine Tochter komme jede Woche einmal. Herr Z. hatte im November 1974 noch 4 Patienten. Er gibt Kola-Tabletten und Nerventee ab, auch Mistel-Pillen und Nervensalbe. Sobald der Vorrat erschöpft sei, höre er ganz auf. Er bedient noch alte Kunden. Die 1969 beanstandete Werbeliteratur ist vernichtet; er hat als Erinnerung noch etwa 10 Stück. Herr Z. bedient sich noch der Schreibmaschine und macht originelle Eintragungen in die Patientenkartei. Das kleine Inventar an Tabletten und Teesorten ist einwandfrei. Kein Insektenbefall. Die amtlichen Zirkularschreiben sind besser geordnet als anderswo. Die Präparate-Vorschriften sind in einem Album schön beisammen. Man musste sich über den Ordnungssinn wundern.

Die Unterredung mit Herrn Z. war äusserst mühsam, aber erheiternd. Er redete wirr über den Schwangerschaftsabbruch.

Antrag:

So belassen. Es war für den sehr alten Mann doch die letzte Kontrolle durch uns.

Inspektionsbericht Nr. 4 vom 18. Mai 1976

Die Inspektion beim Heilmittelhersteller Z. führte der Fachberater der Heilmittelkommission am 17. Mai 1976 durch.

Befund:

Seit meinen letzten Inspektionen von 1973 und 1974 hat sich hier praktisch nichts verändert, obwohl die Eheleute Z. anschliessend auf das Büro der Sanitätsdirektion zitiert worden waren. Herr Z. gibt die unbeschreibliche Unordnung freimütig zu. Das wirre Durcheinander von Flaschen, angebrochenen Packungen, herumliegenden Etiketten, leeren Flaschen, unnützem Material etc. etc. dürfen wir einfach nicht akzeptieren. Und diese Firma will eine Grosshandelsbewilligung! Wenn dieser Zustand durchgelassen wird, nimmt uns die IKS nicht mehr ernst. Herr Z. meinte im Verlaufe der Erhebungen, die ihm offenbar immer unangenehmer wurden, er wolle den ganzen "Mist" verkaufen und "stempeln" gehen.

- Die Rechnungen von 1976 sind noch nicht eingeordnet und konnten nicht kontrolliert werden.
- Der ganze Schreibtisch ist mit Stössen von Kuverts und Papier überfüllt.
- Die Spezialität B., die unter anderem am 12. Januar 1976 der Galenica/Bern geliefert wurde, ist bei der IKS noch nicht registriert.
- Auch der Etikettenentwurf für sein Insektizid wurde von der Giftsektion beanstandet und ist noch nicht bewilligt.
- Ein Viehpulver sei von der Landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Liebefeld bei Bern begutachtet.
- Eine klare Trennung der Präparate Humanmedizin, Veterinaria und Gifte ist doch unerlässlich! An allen Ecken stösst man auf etwas davon.
- Die homöopathischen Urtinkturen Digitalis und Aconit dürfen nur in Potenzen ab D₄ bezogen werden.
- Etiketten für die Schlankheitstropfen H. konnte ich nicht finden. Es sei kein Stück vorhanden, obwohl ca. 8 Liter vom Präparat unter dem Tisch standen und im Jahre 1975 grosse Bezüge davon gemacht wurden. Monatlich wohl zweimal.
- Auf einer Rechnung von H. 1975 wurde für Oleum Sinapis ein Giftschein verlangt. Wurde dieser von Z. je bezogen, oder hat ihn die Firma H. für ihn besorgt?

Unsere Inspektionen sind natürlich völlig nutzlos, wenn ein Heilmittelhändler sich derartig gleichgültig verhält und trotz unseren Mahnungen im gleichen Tramp weiterwurstelt. Der Zustand ist wohl einer der schlimmsten, den ich bisher in Appenzell A.Rh. angetroffen habe.

Anträge:

1. Herrn Z. ist ein Verweis zu erteilen.
2. Herr Z. meldet uns bis zum 1. Juli 1976 eine andere Ordnung; andernfalls soll der Betrieb sanitätspolizeilich geschlossen werden.
3. Mit der Erteilung der Grosshandelsbewilligung ist zuzuwarten.
4. Die IKS ist zu orientieren.

Nachinspektion durch den Fachberater am 3. August 1976.

Befund:

Herr Z. meldete uns auf den 1. Juli 1976, dass nun Ordnung gemacht worden sei. Es ist festzustellen, dass die Räumlichkeiten, d.h. Magazin und Büro, nicht mehr zu erkennen waren. Man kann auch mit alten Möbeln und Gestellen eine gute Ordnung halten. Diesbezüglich sind gar keine Beanstandungen mehr anzubringen.

Die Original-Spezialitäten sind überichtlich versorgt, Etiketten und Broschüren einwandfrei in Schubladen usw. Im Büro ist die Flaschenbatterie homöopathischer Dilutionen verschwunden. Die Schlankheitstropfen H. werden in Original-Packungen à 50 ml abgegeben. Die Abfüllerei aus Zehnliterkannen ist durch das Sanitätssekretariat abgestellt worden. Die Lieferscheine wurden kontrolliert und keine Sendungen an Endverbraucher gesehen.

Die Gestaltung der Etikette für das Insektenmittel wurde angeblich Mitte Juli in Bern besprochen.

Das Viehgranulat D und F, genehmigt durch Liebefeld, wird in der Extracta in St.Gallen nach Vorschrift von Z. gemischt und à 50 kg von St.Gallen aus versandt.

Die Anfrage von Z. vom 4. Juli 1976 an die Sanitätsdirektion, ob der Fachberater ihm bei Neuansmeldungen für die IKS behilflich sein könnte, wurde mündlich und vereinigend beantwortet.

Die Leute haben sich für meine Kontrolle bedankt.

5. Beitritt des Kantons Appenzell Ausserrhoden zur IKS (1973)

Gegen einen Beitritt zur IKS wurden, vor allem von den Heilmittelherstellern und den frei Heiltätigen, mannigfache Gründe ins Feld geführt. Nach langen, mühseligen Verhandlungen¹¹ mit den massgeblichen Organen der IKS wurde der Artikel 30 des Gesundheitsgesetzes von dieser Instanz angenommen, wonach die Besitzstandswahrung gewährleistet und das kantonale Recht nicht verletzt wird.

Der Handel und die Abgabe frei verkäuflicher, bei der IKS aber nicht registrierter Heilmittel ist innerhalb des Kantons Appenzell A.Rh. den frei Heiltätigen gestattet. Der gewerbemässige Versand in andere Kantone aber darf nur mit registrierten Präparaten erfolgen^{12,13}. Die bekannte Appenzeller Freiheit gilt für die übrige Schweiz nicht.

6. Verbot von Abmagerungsmitteln auf der Grundlage d-Norpseudoephedrin

Nach dem Verbot weckaminhaltiger Schlankheitsmittel wichen gewisse Firmen auf einen noch nicht belasteten Wirkstoff aus, der in Liste C eingestuft war. Allerdings gehört auch dieser in die Ephedrin-Gruppe; doch hatte man mit ihm noch wenig klinische und pharmakologische Erfahrungen erworben. Nach einigen Jahren mehrten sich aus Aerztekreisen und psychiatrischen Kliniken Anfragen über die Zusammensetzung dieser Schlankheitsmittel, da sie gleiche psychomotorische Störungen wie Amphetamin hervorriefen. Die Vereinigung der Schweizer Psychiater und verschiedene Sanitätsdirektoren verlangten eine Einreihung dieser Mittel in Liste A oder B. Im Januar 1977 stufte das Begutachterkollegium der IKS diese Präparate, die, obwohl sie nicht steril sind, von gewissen Jugendlichen eingespritzt wurden, in Liste A ein.

Später erteilte die Rekurskommission eine halbjährige Ausverkaufsfrist (Liste C) und unterstellte diese Präparate dann der einfachen Rezeptpflicht (Liste B). Auf den 1. Januar 1978 schloss sich die Heilmittelkommission Appenzell Ausserrhoden der Zuweisung in Liste B an, so dass auch diese Schlankheitspräparate kaum mehr Aussicht auf Verbreitung haben.

Einfach rezeptpflichtige Spezialitäten dürfen im Kanton Appenzell Ausserrhoden auch in Drogerien gehalten, aber nur gegen Vorweisung eines gültigen Rezeptes abgegeben werden. Die Selbstdispensation der Aerzte in der ganzen Ostschweiz lässt aber kaum ein solches Rezept in die Apotheken oder Drogerien gelangen.

7. Kontrolle medizinischer Apparate 1978

Aus verschiedenen Inspektionsberichten ist zu entnehmen, dass in Praxisräumlichkeiten oft Apparate zur Diagnostik oder Therapie aufgestellt sind, deren Beurteilung weder ein medizinischer noch ein pharmazeutischer Visitator übernehmen kann. Durch Beiziehung eines Medizinal-Technikers, nämlich eines Ingenieurs ETH vom Kantonsspital St.Gallen, kann auch in dieser Beziehung eine bessere Uebersicht über die Verfahren der Praxisinhaber gewonnen werden.

8. Kantonal approbierte Zahnärzte

Im Frühjahr 1978 erhielt der Inspektor der Sanitätsdirektion von der Sanitätskommission den Auftrag, die 103 kantonal approbierten Zahnärzte zu "begrüssen", ihre Einrichtungen zu besichtigen und insbesondere das für die Patienten bestimmte Medikamentengut zu überprüfen. Die Inspektionen

bezogen sich vor allem auf Behandlungsinstrumente, Sterilisationsmethoden, die rezeptpflichtigen Medikamente und ihre Eintragung in eine Kartothek oder in ein Patientenblatt. Aus den Inspektionsberichten geht hervor, dass in den meisten Praxen noch nie ein amtlicher Visitator erschienen war, mit Ausnahme eines Kontrollbeamten des Eidgenössischen Gesundheitsamtes (Sektion Strahlenschutz), der allfällige Röntgeneinrichtungen überprüfte. Eine davon war der Sanitätsdirektion sogar für Jahrzehnte unbekannt geblieben. Beinahe sämtliche Zahnärzte zeigten sich erfreut über den unangemeldeten Besuch. Der Eindruck des Inspektors war bei fast allen Zahnärzten ein sehr guter. Grössere Beanstandungen sind aus den Berichten nur in zwei Fällen zu entdecken. In einem Behandlungsraum war auch das zahntechnische Labor untergebracht. Schon aus hygienischen Gründen musste eine Trennung verlangt werden. Eine zweite Rüge betraf nicht einen Zahnarzt selbst, sondern eine pharmazeutische Firma, die ihm etwa 1000 Antibiotika-Tabletten als Gratismuster überlassen hatte. Die Sanitätsdirektion brachte dem Lieferanten ihr Befremden zum Ausdruck, dass er einer Nicht-Medizinalperson derartige Mengen eines rezeptpflichtigen Medikamentes abgegeben habe.

D Ausweisprüfung für die Injektionsbewilligung

Das Gesundheitsgesetz von 1965 (Art.11) und die Verordnung über pharmazeutische Berufe⁸ (§ 43) gestatten den frei Heiltätigen bei genauer Bezeichnung der verwendeten Heilmittel die Ausführung von Injektionen intrakutan und subkutan. Bis 1974 wurde die Anmeldung von Injektionspräparaten von der Heilmittel- und Sanitätskommission einfach zur Kenntnis genommen. Der damalige Sanitätsdirektor und Landammann Willi Walser verfügte eine strengere Handhabung von Gesetz und Verordnung; dazu verlangte er bei künftigen Injektionsanmeldungen eine Ausweisprüfung. Ein Bewerber musste sich also in der Beherrschung der Injektionstechnik sowie in Kenntnissen über die zu spritzenden Heilmittel ausweisen.

Die beiden von der Sanitätsdirektion ernannten Fachleute unterbreiteten im Dezember 1977 nach einigen abgenommenen Prüfungen der vorgesetzten Behörde ein Merkblatt, das fortan allen am Spritzen interessierten frei Heiltätigen ausgehändigt wurde. Es enthält die folgenden vier Punkte¹⁴:

1. Die Verordnung über die Organe des Gesundheitswesens und über die pharmazeutischen Berufe im Kanton Appenzell A.Rh. (§ 43) verlangt ausdrücklich einen Ausweis über hinreichende Kenntnisse in der Beherrschung der Injektionstechnik sowie Kenntnis der Wirksamkeit des zu injizierenden Heilmittels. Gemäss Beschluss der Sanitätskommission vom 25.4.1974 haben sich alle frei Heiltätigen, die in ihrer Praxis Injektionen zu verabreichen gedenken, einer Ausweisprüfung zu unterziehen, weil vom Inhaber einer solchen Spezialbewilligung verlangt werden muss, dass er sich über spezielle Kenntnisse ausweist.
2. Diese Prüfung erfolgt durch zwei von der Sanitätskommission ernannte Experten. Vorläufig sind damit beauftragt:
 - Der Kreisarzt der SUVA
 - Der pharmazeutische Berater der Sanitätsdirektion

Die Gebühr beträgt Fr. 600.-- und ist im voraus zahlbar an die Landesbuchhaltung von Appenzell A.Rh.

Bei nicht bestandener Prüfung kann diese nach Jahresfrist wiederholt werden. Die Gebühr richtet sich in diesem Fall nach dem Zeitaufwand.

3. Die im Verlaufe der Jahre 1975/76/77 abgenommenen Prüfungen haben ergeben, dass die Kenntnis der Heilmittel äusserst dürftig, zum Teil ungenügend war. Ueber das oft umfangreiche Ampullen-Inventar konnte hinsichtlich Herkunft und Art des Wirkstoffes oder der Droge kaum Auskunft gegeben werden. Es wurde auf die Firmenkataloge und -prospekte verwiesen.
4. Um inskünftig eine objektive Prüfung in Medikamentenkunde zu gewährleisten, ist folgendes zu beachten:
 - a) Der Ausweisprüfung vorgängig (mindestens 4 Wochen) ist der Sanitätsdirektion ein vollständiges Verzeichnis (Katalog, Prospekt) der zu verwendenden Injektionspräparate mit genauer Zusammensetzung einzureichen. Dem in diesem Fall zuständigen Experten wird es dadurch ermöglicht, sich ein Bild über das Medikamenten-Spektrum zu machen, sich in aller Ruhe vorzubereiten und in fairer Weise darüber Fragen zu stellen.
 - b) Es wird Auskunft verlangt:
 - über die Natur der einzelnen Droge, mineralischer oder pflanzlicher Herkunft
 - Name der Droge
 - Separandum, Venenum oder nicht schädend, z.B. Chamomilla = aetherisches Oel, Azulen, therapeutische Verwendung allgemein, besonders in Homöopathie und Phytotherapie
 - Begriffe: Alkaloid, Glykosid mit Beispielen von Drogen, welche diese Wirkstoffe enthalten. Venena und Separanda dürfen auch in Kombinationen erst ab D₄ verwendet werden.
 - spätere Zukäufe von weiteren Präparaten sind der Sanitätsdirektion zu melden, vorbehalten bleibt in diesen Fällen eine eventuelle Nachprüfung.
 - c) Ueber die Injektionstechnik, Asepsis, Massnahmen bei allfälligen Zwischenfällen im Zusammenhang mit Injektionspräparaten wird vorausgesetzt, dass der frei Heiltätige genügend Bescheid weiss, so dass sich die Aufzählung spezieller Merkpunkte erübrigt.

Die beiden folgenden Prüfungsberichte zeigen, wie man bemüht war, Gesetz und Verordnung nachzukommen¹⁰.

1. Prüfungsbericht vom 18. Februar 1980

Bemerkungen des pharmazeutischen Beraters

Frau H. hat vier AP-Injektionspräparate Steigerwald/Darmstadt angemeldet, mit denen sie bei Bedarf Akupunktur und Homöopathie verbinden will.

Frau H. konnte mir über den einzelnen Wirkstoff präzise, einwandfreie Auskünfte geben. Nebst allgemein fundiertem Wissen über Medikamente (ehemals Vertreterin bei der Firma D. in Zürich) hatte sie sich seriös auf die Prüfung vorbereitet.

Bemerkungen des inspizierenden Arztes

Frau H. hat angenehme Umgangsformen und im Gespräch eine klare Ausdrucksweise. Sie hat die Arztgehilfenschule absolviert und war dann mehrere Jahre in einer Pharmafirma tätig. Das berufliche Hauptinteresse und die vorgesehene Tätigkeit liegen fast ausschliesslich auf dem Gebiet der Akupunktur. Sie hat mehrere einschlägige Kurse, so auch in Hongkong besucht.

Das fachliche Wissen ist, den Anforderungen entsprechend, als überdurchschnittlich zu werten. Frau H. zeigt sich in den möglichen Komplikationen, deren Prophylaxe und ersten Massnahmen orientiert. Selbstverständlich ist sie auch, wie bei ihrer Berufsausbildung nicht anders zu erwarten, mit der Technik der intracutanen Injektion vertraut.

Anzumerken bleibt noch, dass die Sprechzimmer und der Warteraum sauber und in hygienischer Hinsicht einwandfrei sind.

Antrag:

Wir empfehlen der Sanitätskommission:

1. Frau H. die Spezialbewilligung für die Verwendung von AP II, III, IV, VIII-Ampullen Steigerwald in ihrer Praxis zu erteilen,
2. Die Erlaubnis zur Vornahme von intra- und subcutanen Injektionen zu gewähren.

2. Prüfungsbericht vom 2. April 1980

Bemerkungen des pharmazeutischen Beraters

Herr S. hatte nur wenige Injektionspräparate angemeldet, die er zur Unterstützung seiner Akupunktur-Praxis benötigt:

Impletol	
Neural Amp. / Rödler	
Symphytum Kpl.Amp. Cervicale	) Rödler
" " " Lumbale	

Ueber die Wirkstoffe gemäss Deklaration konnte er genügend Auskunft geben.

Die Umrechnung von 2 g Procain in 100 ml Injektionslösung auf 1 ml wurde richtig angegeben. Dagegen schien ihm das Rechnen von Gramm zu Milligramm wenig geläufig. Vielleicht spielte hier die Fremdsprache auch mit.

Die heutige Diskussion hat mich wiederum bestärkt, dass nach dem revidierten Gesundheitsgesetz alle frei Heiltätigen ausnahmslos zu einer Ausweisprüfung anzutreten haben. Besonders mit den absolut fairen Fragen des SUVA-Arztes, sie bezogen sich auch auf vorhandene Instrumente und Patientenblätter, musste der Prüfling eine gewisse "Auslegeordnung" seines Wissens machen. Man erhält von ihm ein ganz anderes Bild, als es von einer blossen Vorstellung auf dem Sanitätssekretariat möglich ist.

Bemerkungen des inspizierenden Arztes

Das Auftreten von Herrn S. ist offen und unkompliziert. Seine deutschen Sprachkenntnisse sind für den normalen Umgang genügend. Er beschäftigt sich vor allem mit Akupunktur, in deren Geheimnisse er von einem Onkel eingeführt worden sei. Daneben führt er Massagen aus, in seltenen Fällen auch Extensionen der Halswirbelsäule. Daneben berät er auch die Kundschaft in diätetischen Fragen, wobei nicht die Zusammensetzung der Nahrungsmittel, sondern deren Farben-Komposition als heilwirksam eingesetzt wird.

Ich habe Herrn S. auf die Gefahren der Extension der Halswirbelsäule hingewiesen. Die dazu notwendige Indikationsstellung ist ihm nicht möglich. Ihm wurde deshalb von solchen Manipulationen abgeraten.

Theoretisch wies sich Herr S. über genügend Kenntnisse in Anwendung, Gefahren und Komplikationen bei Injektionen aus. Ich liess ihn dann bei einem Patienten eine subcutane Injektion vornehmen. Das Vorgehen, inklusive Vorbereitung, waren völlig korrekt. Es wird nur Wegwerfmaterial verwendet.

Die Praxisräumlichkeiten, aufgeteilt in mehrere Behandlungsboxen, sind sauber. Wie wir während unserer Anwesenheit feststellen konnten, erfreut sich die Praxis eines regen Zulaufs, wobei die exotische Erscheinung des Therapeuten der entscheidende Faktor sein dürfte. Bei soviel Vertrauen ist man beinahe versucht, dem Rassismus einen positiven Aspekt zuzubilligen.

Ich persönlich erachte ein längeres Gespräch für beide Seiten als sinnvoll. Es erlaubt etwas bessere Kenntnisse über die Gesamtpersönlichkeit, das Verantwortungsgefühl und Wissen des Therapeuten zu erwerben, auch wenn die eigentliche Injektionsprüfung nur als "Aufhänger" zu dienen hat. Auch wird dem frei Heil-tätigen demonstriert, dass er nicht im luftleeren Raum praktiziert, sondern dass er im Gesundheitswesen, sei es noch so liberal, integriert ist.

Antrag:

Wir empfehlen der Sanitätskommission:

1. Herrn S. die Bewilligung zur Vornahme der Injektionen, wie es das Gesetz vorsieht, zu erteilen.
2. Für die gemeldeten B-Präparate Impletol, Neural und die beiden Symphytum die Spezialbewilligung abzugeben.

E Vorschläge für ein revidiertes Gesundheitsgesetz

Seit 1930 wurde vom Regierungsrat und der Sanitätskommission immer wieder die Einführung einer sogenannten Eigungsprüfung erwogen, nachdem die im letzten Jahrhundert bestehende Prüfung nach wenigen Jahren abgeschafft worden war. Auch der aus Herisau stammende spätere Bundesrat Dr. Johannes Baumann setzte sich dafür ein.

Die Gegner machten geltend, es wäre schwierig, geeignete Experten zu finden. Auch befürchteten die Vertreter der kantonalen Aerzteschaft, eine bestandene Prüfung für Naturärzte würde diese als staatlich anerkannte Heilpersonen aufwerten. Wenn man an das lange Studium und die weitere Ausbildung eines Arztes denkt, so versteht man die heftige Abwehr vieler Aerzte gegen jede freie Heiltätigkeit.

Wir haben uns vorläufig und wohl auch in Zukunft mit der freien Heiltätigkeit in Appenzell A.Rh. abzufinden. Doch liegt es im Interesse des Kranken, der aus irgendeinem Grund den "Naturarzt" konsultiert, wie auch der gewissenhaften frei Heiltätigen, dass der Zugang zu diesem Beruf überwacht wird. Die kantonal approbierten Zahnärzte haben auch ihre fachlichen Prüfungen abzulegen und eine praktische Tätigkeit hinter sich zu bringen, ehe sie eine Bewilligung zur Führung einer eigenen Praxis erhalten: vier Jahre Zahntechniker-Schule mit eidgenössischem Diplom, operative Ausbildung während mindestens dreier Jahre bei einem zur Ausübung der Zahnheilkunde befugten Zahnarzt sowie eine Prüfung über Röntgenkenntnisse.

Die Bevölkerung des Kantons A.Rh. steht für die freie Heiltätigkeit ein, lehnt es aber ab, dass sich blosser Geldverdiener und Scharlatane auf dem Gebiet des Gesundheitswesens

tummeln. Sie wird sich sicher für eine vernünftige Gesetzesrevision an der Landsgemeinde einsetzen. So wie im Kanton Baselland ein Prüfungsreglement für Naturärzte geschaffen worden ist, sollte auch der Kanton Appenzell A.Rh. eine Lösung finden.

Die Erfahrungen mit dem Gesundheitsgesetz 1965-1980 und die vielen Neuanmeldungen von frei Heiltätigen bei der Sanitätsdirektion, eine grosse Zahl davon als Folge der wirtschaftlichen Rezession, zwingen die zuständigen Gesundheitsbehörden zu einer Verbesserung der Verhältnisse zugunsten der Patienten und auch des Berufsstandes selbst. Viele Bewerber glauben, dass in Appenzell A.Rh. noch viel Boden brachliege, den man im Gesundheitswesen beackern könne.

Es gibt doch zu denken, wenn eine diplomierte Coiffeuse, sicher tüchtig in ihrem Fach, nach einer nur zwölfwöchigen Anstellung bei einem frei Heiltätigen eine eigene Praxis eröffnen will. In einem Gespräch mit dem zuständigen Fachberater stellt ihr dieser Fragen. Eine bezieht sich auf den Begriff "Belladonna" (Atropa Belladonna = Tollkirsche), weil als Therapiegebiet auch pflanzliche Mittel angegeben wurden. Die Gesuchstellerin weiss darüber lediglich, dass dieses Wort oft auf Flakons von Tinkturen oder Tabletten als Belladonna D4 oder D5 (Potenzangaben in der Homöopathie) erscheine.

Oder eine Büffet-Dame aus dem Kanton Thurgau will gemeinsam mit einer Kellnerin aus dem Jura und einem Krankenpfleger eine Akupunkturklinik eröffnen, nachdem sie bei einem Schulmediziner einen zehntägigen Kurs durchgemacht haben. Dieses Vorhaben konnte nur durch energischen Zuspruch des Fachberaters verhindert werden. Rechtlich wäre kein Einspruch möglich, denn gemäss Gesundheitsgesetz ist die Heiltätigkeit jedermann möglich.

Der gute Leumund und ein reines Polizeiregister sind aber sicher nicht die einzigen Voraussetzungen für einen Heiler-Beruf. Dass eine neu einzuführende Prüfung viele Anwärter abhalten würde, sehen wir aus dem Beispiel der "Spritzenprüfungen" für die Erlangung des Fähigkeitsausweises zur Ausübung von Injektionen. Seit diese Prüfung besteht, sind die Anmeldungen dazu merklich zurückgegangen. Befürchtungen, die Ausweisprüfungen könnten zur Schlachtbank für künftige Bewerber werden, sind unbegründet. Schon die bisherigen "Spritzenprüfungen" beweisen das Gegenteil. Von 10 angemeldeten Kandidaten sind zwei zurückgetreten und ein dritter war erst bei der Wiederholung der Prüfung erfolgreich, während 7 Prüflingen die Erlaubnis für subkutane Injektionen schon nach der ersten Sitzung erteilt werden konnte. Wie Prüfungen in anderen Berufen ist auch diese eine wirksame Schranke. Es tritt nur zur Prüfung an, wer vorbereitet ist. Dank der ausgewogenen Zusammensetzung der Expertenkommission werden die Kandidaten in redlicher Weise geprüft.

Wenn gewisse frei Heiltätige Fragebogen durch ihre Patienten ausfüllen lassen, Urin- und Blutanalysen erstellen, dürfte eine Ueberprüfung ihrer Grundkenntnisse doch begründet sein.

Nach 15 Jahren Erfahrung mit dem Gesundheitsgesetz von 1965 darf man behaupten, dass es entscheidende Verbesserungen im appenzellischen Gesundheitswesen gebracht hat. Die personelle Besetzung des Sanitätssekretariates hat dazu beigetragen, das Sanitätsdepartement täglich fachkundig zu vertreten.

Die Sanitätsdirektion erkannte die vorhandene Unvollkommenheit. Darunter fallen auf:

Wohnsitz:

Es gibt frei Heiltätige, die nur während eines Tages oder zweier Tage in der Woche in Appenzell praktizieren, den Wohnsitz aber in einem anderen Kanton haben.

Berufsandrang:

Der Andrang zum Beruf eines Naturarztes in Appenzell A.Rh. ist in den Jahren 1976/77 derart gestiegen, dass er bei den Behörden und bei vielen seriösen frei Heiltätigen eine verständliche Beunruhigung ausgelöst hat. Der wirtschaftliche Rückgang im erlernten Beruf ist oft der Grund für die Anmeldung von Bewerbern, die glauben, in Appenzell A.Rh. liege noch genügend "goldener Boden" für ein lohnendes Auskommen.

Eignungsprüfung:

Der Sanitätsdirektion kann es nicht gleichgültig sein, mit welchen Voraussetzungen die frei Heiltätigen Patienten behandeln. Die Bewerber entstammen allen möglichen Berufen. Es gibt darunter Drogisten, Arztgehilfinnen, Krankenschwestern, pensionierte Magistratspersonen, Schlosser, Gärtner, Käser, Automechaniker, Lehrer und viele andere.

Auch sind zwei Aerzte mit Auslandsdiplom darunter, die während Jahren in schweizerischen Kliniken als Assistenzärzte tätig waren. Die appenzellische Sanitätskommission versagte ihnen, nachdem sie die appenzellische Aerztervereinigung befragt hatte, die Bewilligung zur Führung einer ärztlichen Praxis, so dass die beiden auf den Beruf des frei Heiltätigen auswichen. Als Begründung für die Nichterteilung der Praxisbewilligung wurden der ausreiche Aэрztebestand (35) und die vielen Schweizer Studenten, die in absehbarer Zeit in die Praxis treten, angegeben. Für Medizinalpersonen gelten in diesen Fällen die gleichen Einschränkungen wie für alle anderen frei Heiltätigen: sie dürfen keine Medikamente aus den Verkaufsklassen A und B abgeben, Injektionen nur subkutan und intrakutan vornehmen, nur nach Einholung einer Spezialbewilligung allfällige B-Präparate führen und die Krankenkassen nicht beanspruchen. Einzig die Ausweis-

prüfung für Injektionen wird ihnen erlassen.

Eine solche Prüfung sollte niemanden dazu berechtigen, auf Reklameschriften, Formularen und Türschildern die Worte "staatlich geprüft" oder "diplomiert" zu gebrauchen.

Injektionen:

Das Zulassen zum Spritzen im Gesundheitsgesetz von 1965 muss vom medizinischen Standpunkt aus als zu weitgehend bezeichnet werden. Die Gefahr, dass neben den erlaubten Anwendungen (intrakutan und subkutan) auch intravenös und intramuskulär gespritzt wird, ist gross und kann nicht kontrolliert werden. Vier schwere Zwischenfälle innert fünf Jahren sind der Sanitätsdirektion bekannt geworden. Durch Inspektionen wurde in drei Fällen die intravenöse Anwendung von Spritzen, zum Teil durch nicht gemeldetes Hilfspersonal, festgestellt.

Gemeinschaftspraxis:

Wenn ein frei Heiltätiger sich die Mitarbeit eines diplomierten Schweizer Arztes sichern will, kann dies für den Patienten nützlich sein. Getrennte Sprechzimmer und Medikamentenbestände sind aber zu verlangen.

F Modell für eine Eignungsprüfung der frei Heiltätigen

Es soll nicht die Aufgabe der Sanitätsbehörde sein, einen Lehrgang für frei Heiltätige zu schaffen. Ein zu schaffen- des Reglement kann lediglich Hinweise geben, worüber ein Heiler unbedingt befragt werden sollte. Der Anwärter auf eine Praxis als frei Heiltätiger hat sich wie im Kanton Baselland und nach den Erfahrungen der Inspektoren bei der Prüfung über hinreichende Kenntnisse in folgenden Gebieten auszuweisen:

1. Anatomische Kenntnisse des menschlichen Körpers.
2. Physiologie des menschlichen Körpers.
3. Krankheitskunde.
4. Gebräuchliche Arzneiformen: Teemischungen, Tinkturen, Salben, Mixturen, Sirupe, Tabletten.
5. Homöopathische Medikamente.
6. Heilkräuterkunde: unschädliche Drogen, stark wirkende Drogen.
7. Kenntnisse der chemischen Elemente.
8. Kenntnisse von Massen und Gewichten.
9. Gesetzeskunde (kantonale Gesetzgebungen, Verordnungen, IKS-Verordnungen).
10. Vorlegung und Erklärung der beabsichtigten Diagnoseverfahren.
11. Erklärung der beabsichtigten Therapieverfahren.

Als Prüfungsexperten wären nötig:

- der Kantonsarzt
 - ein pharmazeutischer Berater
 - zwei frei Heiltätige, die von Fall zu Fall, d.h. entsprechend dem Spezialgebiet des Kandidaten, ausgewählt und aufgebeten würden.
- Den Vorsitz übernehme der Sanitätsdirektor.

Dem Prüfungsreglement sollte beigefügt werden, dass alle Anwärter ohne Ausnahme zur Eignungsprüfung anzutreten haben, auch wenn sie schon einmal andernorts examiniert wurden, allfällige Medizinalpersonen eingeschlossen. Es darf den Experten wohl zugemutet werden, dass sie einen Mediziner anders befragen als einen Bankbeamten.

Im Kanton Baselland ist schon seit 1948 eine bestandene Prüfung Voraussetzung für die Ausübung der freien Heiltätigkeit¹⁵. Durch Regierungsratsbeschluss wurde diese Prüfung 1954 unter Umschreibung der Mindestanforderungen ergänzt¹⁶. So wird z.B. in Botanik allgemeine Anatomie und Physiologie der Pflanzen und der Heilpflanzen im besonderen verlangt. Die wichtigsten landläufigen Heilkräuter müssen an Hand von Naturbeispielen oder Bilddarstellungen erkannt werden. In Anatomie und Physiologie wird auf Lehr- und Arbeitsbücher der Sekundarschulstufe verwiesen, in Pathologie, Diagnostik und Therapie auf das Werk "Die Frau als Hausärztin" von Dr.med.Anna Fischer-Dünkelmann. Die Prüfungskommission besteht aus sieben Mitgliedern; es sind der Kantonsarzt, zwei Aerzte, ein Naturwissenschaftler, ein Naturarzt, ein Reallehrer und ein Apotheker. Die Anmeldungen zur Ausübung der freien Heiltätigkeit in diesem Kanton sind seit der Einführung einer Prüfung stark zurückgegangen.

Die Gesundheitsgesetzgebung von Appenzell Ausserrhoden wurde an der Schweizerischen Sanitätsdirektorenkonferenz 1974 aus der Sicht der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel (IKS) von dem St.Galler Regierungsrat Dr.Gottfried Hoby mit folgenden Worten beurteilt:

"Appenzellische Andersartigkeit begegnet uns auch im Bereich der Medizin und der Arzneimittel. Appenzell-Ausserrhoden ist das Eldorado der Naturärzte, von Magnetopathen, Pendlern, Augendiagnostikern usw., und in beiden Halbkantonen floriert die Herstellung von Arzneimitteln, die den strengen Gesetzen wissenschaftlicher Herstellungsmethoden nicht immer gerecht zu werden vermag. Historisch ist es nicht genau erklärbar, wie sich vor allem Ausserrhoden zu dieser fast refugialen Sonderstellung entwickelt hat. Sie hängt wohl zusammen mit dem appenzellischen Alpengarten, in dem man heilbringende Kräuter für Mensch und Vieh entdeckte. Sicher hat auch Paracelsus hier seine Spuren hinterlassen, war er doch in den Jahren 1532 und 1533 auf seiner ewig unruhigen Wanderschaft Arzt und Prediger in Urnäsch und Hundwil. Die etwas extensive Auslegung der Handels- und Gewerbefreiheit durch die Appenzeller entspricht im übrigen ihrem unverfälschten und eigenwilligen Begriff von Freiheit und Recht. Staatlicher Interventionismus und Dirigismus ist dem Appenzeller zutiefst zuwider. Warum soll man dem Menschen das Recht verwehren, sich auf seine selbstgewählte, unorthodoxe Weise um seine Gesundheit oder um die Gesundheit anderer zu kümmern, vor allem dann, wenn die klassische Medizin versagt? Die Heilungsuchenden kommen aus aller Welt zu den Naturärzten des Appenzeller Landes. Es erfüllt damit eine Mission, die zwar nicht ganz in unsere perfektionistische medizinische Landschaft passt, aber die Funktion eines Ventils scheint doch einem Bedürfnis zu entsprechen. Zur Ehre unserer Gastgeber sei im übrigen gesagt, dass die naturärztlichen Praxen seit 1965 einer strengen Kontrolle unterstehen und dass sich auch die Beitrittsvorbehalte zum revidierten Heilmittelkonkordat in einem annehmbaren Rahmen bewegen."¹⁷

G Zusammenfassung

Erstens das Studium der Akten aus den Jahren 1810 bis 1980, zweitens die politischen und berufsständischen Gegebenheiten,

drittens die Inspektionen, Prüfungen und Erhebungen besonders der Jahre 1965 bis 1980 ergeben folgende Erkenntnisse:

1. Die freie Heiltätigkeit ist im Kanton Appenzell A.Rh. fest verwurzelt und sollte daher belassen werden.
2. Für den gewerbsmässigen Versand von Heilmitteln in andere Kantone gelten die Bestimmungen der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel (IKS).
3. Medikamente aus anderen Kantonen und aus dem Ausland sind durch die IKS zu begutachten und zu registrieren.

Es darf festgehalten werden, dass in den Jahren 1965 bis 1980 Heilmittelhersteller, frei Heiltätige und kantonal approbierte Zahnärzte durch die Sanitätsdirektion laufend überprüft worden sind. Aus den Berichten der Inspektoren geht hervor, dass diese Kontrollen nur in seltenen Ausnahmen als Polizeiaktion empfunden worden sind. Sie werden im Gegenteil als Notwendigkeit und Pflicht aufgefasst. Fachkenntnis und Einfühlungsvermögen müssen auch in Zukunft die Grundlage für die Kontrollen bleiben.

H Schlussfolgerungen:

- Eine Eignungsprüfung für künftige Bewerber sollte eingeführt werden.
- Die Bewilligung zu Injektionen aller Art dürfte künftigen frei Heiltätigen nicht mehr erteilt werden.
- Sämtliche Heilmittel, die in den Praxen der frei Heiltätigen verwendet werden, müssten bei der Sanitätsdirektion gemeldet werden.

Summary

First: Study of the files of the period between 1810 and 1980,

Second: Political and professional conditions,

Third: The inspections, examinations and inquiries, particularly in the period between 1965 and 1980, showed the following results:

1. Unlicensed medical treatment is deeply rooted in Canton Appenzell-Ausserrhoden and should, therefore, not be abolished.
2. An examination testing the qualifications of future applicants should be introduced.
3. Future free practitioners should no longer be allowed to give injections of any kind.
4. The sanitary board is to be notified of all medication used in the surgeries of these practitioners.
5. Selling medicines in other cantons is subject to the regulations of the Intercantonal Controlling Board for Medicaments (Interkantonale Kontrollstelle für Heilmittel = IKS).
6. Medicines from other cantons and from abroad are to be examined and registered by the IKS.

It should be stated that producers of medicines, free practitioners and cantonally qualified dentists were constantly inspected by the sanitary board from 1965-1980. The inspectors' reports show that the checks were only rarely considered as police raids; in fact, they were considered a necessity and a duty. Specialized knowledge and sympathetic understanding must remain the basis for these inspections.

J Quellen und Literaturverzeichnis

- 1 Kessler Gottfried, Bezirksamann von Wil SG, 1870-1936 (mündliche Ueberlieferung)
- 2 Protokoll der Sanitätskommissionssitzungen von 1832 bis 1871, Kantonsarchiv Herisau
- 3 Koller Hans, alt Sanitätsdirektor, Teufen Appenzellische Jahrbücher, Heft 98, Herisau 1970
- 3a Koller Hans, Regierungsrat, Teufen mündliche Mitteilung 1966 in der Heilmittelkommission
- 4 Schläpfer Walter, Appenzeller Geschichte Bd.2: von 1597 bis zur Gegenwart, Herisau 1976
- 5 Gesetz betreffend die Freigebung der ärztlichen Praxis im Kanton Appenzell A.Rh. Nr. 246, von der Landsgemeinde angenommen am 30. April 1871
- 6 Gesetz über das Gesundheitswesen für den Kanton Appenzell A.Rh. Nr. 419, 1965
- 7 Verordnung über den Verkehr mit Heilmitteln für den Kanton Appenzell A.Rh. Nr. 434, 1965
- 8 Verordnung über die Organe des Gesundheitswesens und über die medizinischen und pharmazeutischen Berufe im Kanton Appenzell A.Rh. Nr. 476, 1967
- 9 Beschluss der Heilmittelkommission Appenzell A.Rh. über Weckamine vom 25. August 1966, Amtsblatt Nr.36 vom 7. September 1966
- 9a Beschluss der Heilmittelkommission von Appenzell A.Rh. vom 14. Dezember 1967
- 10 Die Inspektionsberichte, deponiert auf dem Sanitätssekretariat von Appenzell A.Rh., sind wörtlich zitiert.
- 11/12 Interkantonale Vereinbarung über die Kontrolle der Heilmittel, IKS, Bern, 1971
- 13 Regulativ über die Ausführung der interkantonalen Vereinbarung über die Kontrolle der Heilmittel, IKS, Bern, 1972

- 14 Merkblatt an die frei Heiltätigen für die Ausführung von Injektionen, Sanitätskommission von Appenzell A.Rh. 15. Dezember 1977
- 15 Kanton Basel-Landschaft, Prüfungsreglement für Naturärzte und Heilkundige vom 9. Januar 1948
- 16 Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft 1954, Regierungsratsbeschluss über die Ergänzung des §5 des Prüfungsreglementes für Naturärzte und Heilkundige vom 9. Januar 1948
- 17 15 Jahre Präsident der IKS 1965-1980 [Regierungsrat Dr.jur.Gottfried Hoby] Bern, IKS, 1980

Lebenslauf

Ich, Notker Kessler, wurde am 19. Juni 1954 als Sohn des Johann Kessler und der Elisabeth geb. Scheiwiler in St. Gallen geboren.

Nach dem Besuch der Primarschule und der Kantonsschule in St. Gallen erwarb ich 1973 die Maturität Typ B. Die vorklinischen Semester belegte ich in Freiburg i.Ue., die klinischen in Zürich. Hier legte ich 1980 das Staatsexamen ab.

Dankbar denke ich an meine Lehrer zurück, besonders an meinen Primarlehrer Anton Egger, meinen Lateinlehrer Walter Zwimpfer und meinen Deutschlehrer Ludwig Rohner.

